A 001 DGB-Bundesvorstand

Beschluss des DGB-Bundeskongresses
Angenommen in geänderter Fassung des Abänderungsantrags Ä 005

Umdenken – Gegenlenken – Die Krise überwinden Gesellschaftspolitische Positionen und Perspektiven der Gewerkschaften

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Die Weltwirtschaft steckt in der schwersten Krise seit 80 Jahren. Entgegen vielfacher Deutungen war die Krise auf den Finanzmärkten jedoch nicht die einzige Ursache, sie war vor allem der Auslöser. Seit Jahren gewachsene und politisch zu verantwortende Verwerfungen haben diese große Systemkrise des neoliberal-kapitalistischen Wirtschaftsmodells herbeigeführt. Sowohl einzelne Regierungen, aber auch die Europäische Kommission, haben umfassende Strategien der Deregulierung, Liberalisierung und Entstaatlichung vorangetrieben. In deren Folge hat eine massive Umverteilung zu Lasten der Masseneinkommen und zugunsten von Gewinnen und großen Vermögen stattgefunden.

In Deutschland hat die Umsetzung dieser neoliberalen Doktrin deutliche Spuren hinterlassen:

- der Arbeitsmarkt wurde umfassend dereguliert – zuletzt im Zuge der Hartz-Reformen – und so der Druck auf das Lohnniveau massiv erhöht;
- der Finanzmarkt wurde weitgehend liberalisiert und von Beschränkungen weitestgehend befreit;
- die Privatisierung öffentlicher Leistungen wurde massiv vorangetrieben;
- Entstaatlichung und Entsolidarisierung wurden mit dem Ergebnis wachsender Ungleichheit immer weiter fortgesetzt und beschleunigt;
- die Steuerpolitik hat schließlich durch wiederholte Steuersenkungen für Unternehmen, Vermögende und Empfänger hoher Einkommen die Einnahmen des Staates massiv geschwächt.

Das Dogma „mehr Markt statt Staat" ist nun nachhaltig erschüttert. Die neoliberale Politik konnte ihre Versprechungen bezogen auf mehr Wohlfahrt und Freiheit für alle nicht einhalten. Vielmehr haben angebotsorientierte und neoliberale Politik(muster) wie auch die Verharmlosung und Falschdeutung der Krisenerscheinungen das Gegenteil der Versprechungen beschert.

Der nach 1989 grenzenlose Kapitalismus hat überzogen, wir stehen vor einem neuen Umbruch. Es gibt großen Umbaubedarf, nicht nur in unserem Land, sondern in unserer westlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Letztere hat zuletzt mehr Probleme geschaffen als gelöst – daran werden wir ansetzen. Denn ein Umdenken findet nicht statt, erst recht kein Gegenlenken.

Das gilt fürs erste auch für die schwarz-gelbe Bundesregierung - auch wenn nur in Umrissen erkennbar ist, was sie vorhat. Prüfaufträge und Finanzierungsvorbehalte verschleiern wichtige Weichenstellungen. Aber das Staats- und Gesellschaftsverständnis ist schon im Koalitionsvertrag formuliert: Mehr Eigennutz statt gemeinsamer Gestaltung, mehr Privatisierung statt Stärkung der Solidarität, mehr Deregulierung und Liberalisierung statt klarer Regeln und starker Kontrolle. Faktisch drohen in Zukunft Sozialabbau und ein weiteres Ausbluten bei öffentlicher Infrastruktur und Bildung, um die durch krisenbedingten Mindereinnahmen und die Bankenrettungen entstandenen Staatsschulden abzubauen.

Die Antworten der Regierung auf die Krise sind unzureichend. Dabei sind viele Menschen durch die Ereignisse der letzten Monate und Jahre verunsichert. Sie haben erlebt, dass Arbeit unsicherer wird und nicht mehr vor Armut schützt. Sie sehen, dass soziale oder ethnische Herkunft immer noch über Lebenschancen entscheidet. Sie merken, dass Politik immer weniger in der Lage ist, Antworten auf Überlebensfragen zu geben oder sich gegen Klientelinteressen durchzusetzen. Sie nehmen zur Kenntnis, dass sich Parallelgesellschaften bilden: den einen gehört die Zukunft, die anderen haben keine Perspektiven. Sie verlieren den Glauben an die Demokratie und wenden sich von demokratischer Beteiligung und Einmischung ab.

1. Gesellschaftspolitische Positionen und Perspektiven der Gewerkschaften

Unser Selbstverständnis

Unsere Werte sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie leiten unser Handeln. Sie sind unverzichtbar für eine menschenwürdige Gesellschaft und einen demokratischen Staat. Das Sozialstaatsgebot ist für uns Ausdruck einer modernen Demokratie. Ein starker Sozialstaat ist Garant für ein friedliches und gerechtes Zusammenleben und den Zusammenhalt einer Gesellschaft.

Darauf aufbauend steht seit jeher die Förderung der beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbunden mit einem hohen Maß an sozialer Sicherung im Mittelpunkt unserer Arbeit. Kurz: es geht um das Wohlergehen der Menschen. Wir wollen vermeiden, dass sie in Abhängigkeit von staatlichen Bedürftigkeitsleistungen leben müssen. Dafür ist existenzsichernde Erwerbsarbeit die Voraussetzung.

Die soziale Marktwirtschaft mit ihren Kernelementen Tarifautonomie, Mitbestimmung und Betriebsverfassung, das Solidarprinzip und der durch soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit definierte Sozialstaat bilden die Grundpfeiler für eine gerechte Gesellschaft. Sie sind auch in Zukunft unverzichtbar.

Wir sind selbstbewusst genug zu sagen: Ohne starke Gewerkschaften sähe unsere Gesellschaft anders aus. Auf die vielen Fortschritte, die wir vor allem in betrieblichen Auseinandersetzungen und mittels Tarifverträgen erreichen konnten, können wir stolz sein: Vom Lohn und Gehalt zum Entgelt, von der Absicherung im Krankheitsfall, dem Rationalisierungsschutz oder der Weiterbildung, vom Urlaub und der Arbeitsplatzgestaltung bis zum Kündigungsschutz, von der Fünf-Tage-Woche bis zum 13. Monatsgehalt reicht der Katalog. Hinzu kommen Wochenarbeitszeitverkürzung und die gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit, Vereinbarungen über Vorruhestand, Altersteilzeit und sehr, sehr viele betriebliche und tarifliche Initiativen zum Schutz vor Entlassungen und zur ökonomischen Sicherung der Unternehmen.

In unserer langen Geschichte haben wir unseren Gestaltungswillen immer wieder bewiesen, auch und gerade in der aktuellen Krise. Ohne Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung, auch ohne unsere Tarifpolitik und unseren politischen Druck, wären die Krisenfolgen noch härter gewesen. Für Gewerkschaften ist es selbstverständlich, Verantwortung für den Einzelnen und für das Ganze zu übernehmen.

Wir führen eine Debatte darüber wie eine zukunftsfähige und nachhaltige Gesellschaft und Arbeitswelt aussehen und welche Rolle darin den Gewerkschaften und ihrem Bund zukommen soll. Wir wollen die gesellschaftlichen Entscheidungsträger zum Umdenken bewegen und damit ein Gegenlenken herbeiführen. Diese Debatte erfordert einen breiten gesellschaftlichen Diskurs - auch um Beschäftigte aktiv einzubinden und mobilisieren zu können. Wir wollen sie transparent und beteiligungsorientiert anlegen um ein gemeinsames und breit akzeptiertes Verständnis der vor uns liegenden Aufgaben zu erreichen.

Stärke und Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften sind Voraussetzung für eine sozialintegrative und nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. An ihr werden wir arbeiten. Denn die Vertreter des neoliberalen Politikansatzes haben über Jahre das gesellschaftliche Klima vergiftet, die politische Debatte verengt und jeden Ansatz von politischen Alternativen im Keim erstickt. DGB und Gewerkschaften sind nicht nur die Experten der Arbeitswelt, sie begreifen sich auch als Interessenvertretung für eine gerechte Gesellschaft und ein gutes Leben. In der heutigen Zeit heißt das in besonderem Maße den jungen Menschen Perspektiven zu bieten.

Wir wollen gesellschaftliche Bündnisse mit denen ausbauen, die unsere Zielsetzung unterstützen. Unsere Partner sind Kirchen, Sozialverbände, soziale Bewegungen, Sportvereine und andere Organisationen des öffentlichen Lebens, die Solidarität organisieren und Gemeinsinn stiften.

Krisen und Brüche sowie ein beschleunigter gesellschaftlicher Wandel stellen uns ständig vor veränderte Herausforderungen, auf die wir Antworten finden müssen. Wir werden den Diskurs mit der Wissenschaft fördern und dort zusammenarbeiten, wo tief greifende und umfassende politische Antworten erforderlich sind.

Die im Grundgesetz garantierte Tarifautonomie, eine demokratische Betriebsverfassung und die Arbeit der Betriebsräte sowie die gewerkschaftliche Mitbestimmung in Unternehmen sichern uns selbständige Gestaltungsmöglichkeiten für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen. Seit jeher verfolgen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften das Ziel, diese zu verbessern. Wir wollen die Menschenwürde in der Arbeit zur Geltung bringen. Das heißt auch, dass Menschen von ihrer Arbeit gut leben können müssen. Wir kämpfen gegen jede Form von Ausbeutung und Unterdrückung, Diskriminierung und Rassismus. Wir wollen die Wirtschaft demokratisieren und setzen uns mit unserer Tarif- und Betriebspolitik für eine gerechte Verteilung, Humanisierung der Arbeit („Gute Arbeit") und umfassende Teilhabemöglichkeiten von Männern und Frauen ein.

Die Rolle des DGB

Der DGB ist und bleibt der Bund der Gewerkschaften. Er ist ihr politischer Arm und Sprachrohr. Der Dachverband und seine Gewerkschaften vertreten Millionen von Frauen und Männern: Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte und Beamte, Erwerbslose, Auszubildende, Studenten und Praktikanten - und dies unabhängig davon, welcher Partei sie angehören, wo sie herkommen, welche ethnische Herkunft sie haben, ob sie religiös gebunden oder weltanschaulich geprägt sind. Hauptaufgabe der Gewerkschaften ist die Interessenvertretung in den Betrieben und Verwaltungen, der DGB hat dabei unterstützende Funktion.

Genauso vertreten der DGB und seine Gewerkschaften die Interessen derer, die nicht mehr aktiv im Erwerbsleben stehen. Sie brauchen unsere Unterstützung um in den öffentlichen Debatten wahrgenommen zu werden und erwarten unseren Einsatz für ihre gesellschaftliche Teilhabe insbesondere bei Themen wie Rente, Pflege, Betreutes Wohnen oder Sicherheit im Alter.

Wir wollen die Gewerkschaften als Wertegemeinschaft stärken. Das ist in einer immer weiter individualisierten Gesellschaft eine zentrale Herausforderung. Dabei ist klar: Solidarität ist ein unverzichtbarer Wert des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Wir haben zukunftsweisende Konzepte für eine moderne Wirtschafts-, Sozial-, Finanz- oder Bildungspolitik, die wir gemeinsam und offensiv in die politische Arena tragen. Neue Parteien und neue Koalitionsmöglichkeiten machen es nötiger denn je, die parteipolitische Unabhängigkeit auf Grund des Prinzips der Einheitsgewerkschaft zu wahren. Wir führen kritisch-konstruktive Dialoge mit allen Regierungen, Parlamenten und demokratischen Parteien. Damit nehmen wir pragmatisch Einfluss – in den Kommunen, auf Landes- und Bundesebene, aber auch in Europa und den Gremien globaler Zusammenarbeit.

In der Kommunikation müssen wir neue Medien nutzen um den Veränderungen im Medienverhalten vor allem junger Menschen gerecht zu werden. Wer Politik gestalten und attraktiv für jüngere Menschen sein will, muss sie aufgreifen. So wichtig es ist, in und über die Parteien Einfluss auf Politik zu nehmen – es ist in der heutigen Zeit nicht mehr ausreichend.

Wir vertreten also die Interessen unserer Mitglieder in den Parlamenten, in den Medien, im Internet und auf der Straße, insbesondere bei Themen wie Arbeit, Rente mit 67, Gesundheitspolitik oder Mindestlohn. Dafür bauen wir wo nötig Druck auf Regierungen und Parlamente auf. Wir müssen für unsere Anliegen werben, Themen wenn nötig zuspitzen, unsere Bündnisse mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stärken, kritische Diskurse anstoßen und öffentlichkeitswirksame Aktionen durchführen.

Starke Gewerkschaften – starker Bund

DGB und Gewerkschaften formulieren ihre Ziele und Anforderungen an die Politik und andere gesellschaftliche Gruppen. Der DGB trägt diese gemeinsamen Vorstellungen im Namen der Gewerkschaften in die Politik. Das Prinzip der Einheitsgewerkschaft ist die Grundlage für sein politisches Agieren. Unsere Stärke hängt eng mit der Mitgliederentwicklung zusammen. Ohne starke, einige und solidarisch handelnde Mitgliedsgewerkschaften ist auch ihr Bund weniger durchsetzungsstark. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können nur durch gemeinsames Handeln in starken Einheitsgewerkschaften ihre sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftspolitischen Interessen in der Arbeitswelt, in der Gesellschaft und im Staat wirkungsvoll vertreten.

Neue Mitglieder gewinnen

Die Mitgliederentwicklung ist und bleibt die zentrale Frage. Es geht um den Erhalt und den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationsmacht als Voraussetzung für größere betriebs- und gesellschaftspolitische Durchsetzungskraft. Die Gewerkschaften müssen ihre Bindungen zu ihren Mitgliedern stärken und neue Mitglieder gewinnen. Wir alle zusammen müssen in Betrieben und Unternehmen, in Verwaltungen und Einrichtungen, in Politik und Öffentlichkeit präsenter werden. Neue innovative Branchen, mittelständische Unternehmen und vor allem junge und weibliche Beschäftigte in höherqualifizierten Berufsgruppen müssen für unsere betriebs- und gesellschaftspolitische Durchsetzungskraft hinzugewonnen werden. Sich ausdifferenzierende Beschäftigtengruppen mit neuen Anforderungen an eine starke Interessenvertretung erfordern eine neue Form gewerkschaftlichen Handelns. Passgenaue und schnelle Kommunikation, mehr gemeinsame Arbeitsweisen und neue Organisationsformen über die heutigen Grenzen hinweg werden immer wichtiger.

Betriebsarbeit stärken

Die gewerkschaftliche Betriebspolitik ist der Kern der Organisationsentwicklung. Sie muss durch einen ständigen Erfahrungsaustausch gestärkt und von öffentlichkeitswirksamen Aktionen begleitet werden. Ohne starke betriebliche Verankerung gibt es keine Mobilisierungs- und Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften.

Tarifpolitik als herausragende Aufgabe

Die Tarifpolitik ist das zentrale Handlungs- und Gestaltungsfeld der Gewerkschaften, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern. Die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie sichert die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften in der Tarifpolitik. Eine starke Mitgliederbasis ist eine wesentliche Voraussetzung für die Durchsetzung tarifpolitischer Ziele. Weiterhin nimmt der DGB als Spitzenorganisation in beamtenrechtlichen Fragen seine Funktion wahr.

Gewerkschaftliche Tarifpolitik orientiert sich an der Entwicklung von Produktivität sowie an der Preisentwicklung und Umverteilungs- sowie Gestaltungszielen.

Die Gewerkschaften agieren zur tarifpolitischen Gestaltung von Arbeits- und Entlohnungsbedingungen gemeinsam. In den letzten Jahren hat die Auseinandersetzung um Mindestentlohnungsbedingungen an Bedeutung gewonnen. Durch vielfältige Aktionen müssen Kolleginnen und Kollegen mobilisiert, durch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit die breite Bevölkerung für die legitimen tarifpolitischen Ziele der Gewerkschaften gewonnen werden. Eine qualitative Tarifpolitik hat zudem die Aufgabe, auf gesamtgesellschaftliche Herausforderungen, z.B. die demografische Entwicklung, einzugehen und praxistaugliche Antworten zu finden. Sie kann und soll nicht sozialstaatliche Regelungen ersetzen. Eine neue Herausforderung besteht darin, den europarechtlichen Einschränkungen des Streikrechts oder der tarifpolitischen Handlungsfähigkeit entgegenzutreten. DGB und Gewerkschaften wenden sich gegen alle Einschränkungen des gewerkschaftlichen Streikrechts auf europäischer und nationale Ebene. Verschlechterungen unserer elementaren Rechte werden wir mit allen Mitteln abwehren.

2. Die Ursachen der Krise überwinden – der menschliche Weg

Die gängige Interpretation, dass Deutschland insgesamt auf einem guten Weg gewesen und lediglich Opfer der von den USA ausgehenden Finanzmarktkrise geworden sei, ist falsch. Sie übersieht die globalen Folgen einer neoliberalen Politik, die auf immer „mehr Markt" und „weniger Staat", auf immer mehr Deregulierung und Umverteilung von unten nach oben setzt. Und sie übersieht, dass unser Land als vielmaliger Exportweltmeister zwar in vielfältiger Hinsicht von der globalisierten Wirtschaft profitiert, genauso aber die Schattenseiten der Globalisierung zu spüren bekommt. Der weltweite Unterbietungswettbewerb um niedrige Steuern, soziale Sicherungssysteme und Standards sowie Arbeitskosten und -bedingungen hat auch hier tiefe Spuren hinterlassen.

Tatsächlich haben wir es in Deutschland und weltweit mit verschiedenen, sich gegenseitig bedingenden und zuspitzenden Krisen zu tun:

- einer Weltwirtschaftskrise – denn die Weltwirtschaft ist vor der Finanz-Krise 2008 aus dem Gleichgewicht geraten;
- einer Finanzkrise – denn die Finanzmärkte wurden in vielen Ländern mit dem Ergebnis dereguliert, dass mit Finanzanlagen in den vergangenen Jahren mehr Geld verdient wurde als mit Investitionen in Maschinen, Anlagen und Arbeitsplätze;
- einer weltweiten Beschäftigungskrise – verursacht durch die völlig unzureichende Schaffung von Arbeit in den Entwicklungsländern und durch die Zerstörung vorhandener Arbeit in den Industrie und Entwicklungsländern verschärft;
- einer ökologischen Krise – denn trotz der sich dramatisch zuspitzenden ökologischen Krise ist von konkreten Ansätzen zu einem qualitativen Wachstum bislang kaum etwas zu spüren;
- einer Konjunkturkrise – denn auch ohne Finanzmarktkrise war der Aufschwung bereits im Sommer 2008 zu Ende;
- einer Strukturkrise – denn viele Branchen wurden und werden von Überkapazitäten belastet. Dieses Problem wird durch die unbalancierte Entwicklung von Export und Binnennachfrage noch verschärft;
- einer Sozialstaatskrise – denn wir erleben eine seit Jahren andauernde Unterfinanzierung des Sozialstaats einerseits und andererseits mehr soziale Polarisierung und Prekarisierung, die Erosion der „Mittelschicht" und damit ein Auseinanderdriften der Gesellschaft. Vor allen Dingen die Jugend wird um ihre Zukunft gebracht;
- einer Legitimationskrise – denn die Politik der Entstaatlichung hat nicht nur Folgen für die Beschäftigten in privatisierten Bereichen sondern für die Demokratie, deren Handlungsfähigkeit gemäß dem Dogma „Privat vor Staat" vielerorts beschnitten wurde

Die Vorstellung sich selbst steuernder Märkte wurde einmal mehr als Mythos enttarnt. Ohne Staat waren die Märkte nicht mehr zu stabilisieren. Es ist unbestritten, dass Märkte einen wichtigen Wohlstandsbeitrag leisten, doch gleichzeitig sind sie sozial und ökologisch blind. Die aktuelle Renaissance des Staates ist kein Ausdruck eines Umdenkens. Im Gegenteil: Die Finanzindustrie instrumentalisiert den Staat für ihre Interessen. Sein sozialer Charakter bleibt ein umkämpftes Feld.

Die Anhänger des neoliberalen Politikansatzes haben stets betont, dass dieser alternativlos sei. Doch es gibt Alternativen zu ihren politischen oder unternehmerischen Entscheidungen, genauso wie es Antworten auf die Folgen technologischer Entwicklungen oder des demografischen Wandels gibt.

Die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen verändern

Der moderne Kapitalismus hat enormen sozialen, ökonomischen und ökologischen Modernisierungsbedarf. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften stellen sich dieser Herausforderung. Wir treten für eine Politik ein, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht den Markt und die Gewinninteressen einer Minderheit. Dabei sind die sozialen, ökonomischen und ökologischen Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien, die zunehmend auch durch den Klimawandel gefährdet sind, für uns stets der wichtigste Orientierungsrahmen. Er bestimmt das verantwortliche Handeln der Gewerkschaften und ihren Einsatz für einen grundlegend neuen Entwicklungspfad in Wirtschaft und Gesellschaft: er wird sozial, gerecht, solidarisch, ökologisch und ökonomisch effizient sein – es wird ein Pfad qualitativen Wachstums sein. Er wird das Verhältnis von Realwirtschaft und Finanzkapitalismus wieder zurechtrücken.

Finanzmarktregulierung

Wir haben Konzepte entwickelt, die die Wiederholung einer Krise dieses Ausmaßes verhindern. Sie gilt es auf nationaler und internationaler Ebene durchzusetzen. Grundsätzlich halten wir mehr Transparenz, Aufsicht und verbindliche Schranken auf den internationalen Finanzmärkten für unabdingbar.

Wir brauchen einen neuen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte. Dieser sollte langfristige Realinvestitionen fördern und kurzfristige Spekulation verhindern.

Banken müssen zukünftig wieder der Realwirtschaft dienen. Die Geschäftspolitik muss am Wohl der Allgemeinheit und darf nicht am Wohl der Manager und Aktionäre ausgerichtet sein.

Schließlich sollte verhindert werden, dass Kommunen und Landesbanken sich an riskanten Finanzgeschäften beteiligen, in denen Steuergelder verspielt werden. Hier bedarf es klarer gesetzlicher Regeln.

Die Verursacher der Krise sollen an den Kosten ihrer Bewältigung beteiligt werden. Andere Länder machen vor dass das geht.

Globale Wirtschaftspolitik

Die akuten Krisen verstärken die weltweite Ungleichheit. Wir setzen uns daher für ein neues globales Wirtschaften ein, das auch die in den Blick nimmt, die bislang abgehängt sind. Wir wollen dazu beitragen, dass das Instabilitätspotential des kapitalistischen Systems abnimmt und die Ressourcenvernichtung begrenzt wird. Voraussetzung ist eine neue Weltwirtschaftsordnung und eine politische Regulierung des kapitalistischen Systems. Auch im Rahmen des G20-Prozesses haben wir unsere Vorstellungen einer gerechteren und sozialeren Weltwirtschaftsordnung eingebracht.

Globale Krisen erfordern globale Antworten – auch von Arbeitnehmerseite. Mit dem Zusammenschluss zu einem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) hat die Gewerkschaftsbewegung ein deutliches Zeichen gesetzt. Die Gewerkschaften werden ihre internationale Zusammenarbeit ausbauen und einer neuen sozial und ökologisch ausgerichteten Weltwirtschaftsordnung Geltung verschaffen.

Soziales Europa

Die europäische Integration wurde vom DGB und den Gewerkschaften stets positiv begleitet, nicht zuletzt wegen ihrer friedensstiftenden Funktion nach dem Zweiten Weltkrieg. Gerade die jungen Menschen sollen wieder eine positive Idee von Europa und seinen Werten bekommen können – auch wenn der Integrationsprozess gegenwärtig durch eine einseitige Wettbewerbsorientierung und fortschreitenden Liberalisierungs- und Deregulierungsdruck immer mehr in Schieflage gerät. Während der Binnenmarkt weiter an Konturen gewinnt, tritt die soziale Gestaltung Europas in den Hintergrund. Das Europa der Zukunft muss ein soziales sein, sonst verliert es die politische Akzeptanz in der breiten Bevölkerung - in Deutschland, aber auch in den anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Die sozialen Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind Grundrechte und müssen Vorrang vor den wirtschaftlichen Grundfreiheiten haben. Wir brauchen eine soziale Fortschrittsklausel im EU-Recht. Soziale Schutz- und Arbeitnehmerrechte sowie Grundrechte müssen im Konfliktfall einen höheren Stellenwert haben als die Dienstleistungsfreiheit und der Binnenmarkt. Wirtschaftliche Freiheiten dürfen nicht so ausgelegt werden, dass sie es Unternehmen ermöglichen, die nationalen Arbeits- und Sozialrechte zu umgehen oder sie für Sozialdumping zu missbrauchen.

Die Mobilität von Unternehmen und damit auch von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird zunehmen, nicht zuletzt durch das Auslaufen der Übergangsfristen zur Freizügigkeit und die zunehmende Entsendung von Arbeitnehmern. Umso wichtiger ist es jetzt, den gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland zu verankern und dem Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit am gleichen Ort" Geltung zu verschaffen.

Für eine soziale Entwicklung in Europa ist die effektive Koordinierung der Wirtschaftspolitik nötig. Die Europäische Zentralbank ist gleichrangig den Zielen hohen Wirtschaftswachstums, Vollbeschäftigung und hoher Geldwertstabilität verpflichtet. Dazu ist aus gewerkschaftlicher Sicht eine Koordination ihrer Politik mit der Wirtschaftspolitik unter Beteiligung der Sozialpartner erforderlich. Zusätzlich ist die grundlegende Überarbeitung des starren Stabilitäts- und Wachstumspakts von 1997 die Voraussetzung dafür, dass eine koordinierte Wirtschaftspolitik künftig für Wachstum, Beschäftigung und einen ökologischen Umbau sorgen kann.

Krisenmanagement und Zukunftsgestaltung

Zunächst einmal müssen wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien vor den Auswirkungen der Krise schützen. Die gewerkschaftlichen Initiativen zur Kurzarbeiterregelung, zu öffentlichen Zukunftsinvestitionen und zur Umweltprämie haben die Bedeutung eines beteiligungsorientierten Krisenmanagements deutlich gemacht. Aber es geht um mehr – es geht uns um die menschliche Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Gute Arbeit bei fairem Lohn - für eine menschliche Arbeitswelt

Die moderne Arbeitswelt ist immer mehr durch Leistungsdruck und Wettbewerb unter den Beschäftigten geprägt. Die Phasen der Erholung werden immer kürzer, gearbeitet wird rund um die Uhr, Wochenendarbeit wird zum Normalfall. Die Folgen sind psychische und physische Belastungen, Versagensängste, Burn-Out und Depressionen als Volkskrankheiten. Wir müssen die Arbeitswelt wieder menschlicher, solidarischer und gerechter machen.

Unser Ziel ist und bleibt eine menschliche Wirtschaftsordnung und Arbeitswelt, die den Einzelnen nicht überfordert und die genügend Raum und Zeit lässt für Privates, für die Familie und Freunde, für Erholung und die freie Entfaltung der Persönlichkeit, für gesellschaftliches und politisches Engagement.

Die Stärkung unseres bewährten Tarifvertragssystems ist die Grundlage für eine menschlichere Arbeitwelt. Wir werden uns daher mit Nachdruck für mehr Tarifbindung in Betrieben und Branchen einsetzen. In Ergänzung dazu fordern wir die Politik zu einer Reform des Verfahrens zur Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen auf. Sie muss für alle Tarifverträge möglich sein. Das ist vor dem Hintergrund der ab Mai 2011 geltenden Arbeitnehmerfreizügigkeit und dem Inkrafttreten der Dienstleistungsrichtlinie in Europa unerlässlich.

Auf dieser Grundlage werden wir die Unterbietungskonkurrenz bei Löhnen, Arbeitsbedingungen und Sozialstandards bekämpfen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine gesetzliche Grundlage, die ein branchenbezogenes Mindestentgelt auf der Grundlage von Tarifverträgen ermöglicht. Deshalb bedarf es der Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Branchen. Zusätzlich ist ein gesetzlicher Mindestlohn einschließlich Mechanismen seiner regelmäßigen Anpassung einzuführen. Dieser gilt dann als unterste Grenze, wenn Tarifentgelte dieses Niveau unterschreiten oder in einer Branche keine Tarifverträge greifen. So ist auch für jene Bereiche eine Haltelinie eingezogen, in denen das System des branchenbezogenen Flächentarifvertrages wegen der Besonderheiten des Wirtschaftssektors nicht oder nicht voll wirksam ist. Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist an die Erfüllung tariflicher und sozialer Mindeststandards zu knüpfen.

Lohn muss zum Leben reichen, Sicherheit bieten und Lebensplanung ermöglichen. Wir nehmen nicht hin, dass sichere durch unsichere, unbefristete durch befristete, gut bezahlte Arbeit durch Niedriglohn-Jobs ersetzt werden. Die zunehmend ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen muss korrigiert werden. Die politisch gewollte Liberalisierung der Leiharbeit, die Ausweitung von Befristungsregeln, der Wegfall des Zumutbarkeitsschutzes, die Einführung von Ein-Euro-Jobs und des Arbeitslosengeldes II als Kombilohn sowie die Subventionierung der Minijobs haben Lohndumping in den letzten Jahren erheblich gefördert und die gewerkschaftliche Macht zur Durchsetzung höherer Einkommen geschwächt. Notwendig ist eine Re-Regulierung, also die Durchsetzung neuer Rahmenbedingungen und sozialer Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, um gute Arbeit für möglichst alle durchzusetzen. Minijobs und die Möglichkeiten zur befristeten Beschäftigung müssen zurückgedrängt werden. Die Kriterien zur Arbeitsaufnahme für „Hartz IV"-Bezieher müssen die Qualifikation der Arbeitslosen berücksichtigen und gewährleisten, dass nur tariflich oder ortsüblich entlohnte Beschäftigungsverhältnisse zumutbar sind.

Auch die gesetzlichen Grundlagen der Leiharbeit, mit denen Arbeits- und Tarifbedingungen zunehmend unterlaufen und Dumpinglöhne etabliert werden, müssen dringend geändert werden. Wir fordern gesetzliche Regelungen, mit denen Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmer vom ersten Tag an mit den Beschäftigten im Entleihbetrieb gleichgestellt werden – beim Entgelt und allen weiteren Leistungen und Arbeitsbedingungen.

Immer noch werden Frauen in gleicher Position schlechter bezahlt als Männer. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" muss also endlich realisiert werden. Gleichwertige Arbeit muss gleich entlohnt werden. Um dieses Ziel zu erreichen müssen alle gesellschaftspolitischen Kräfte ihrer Verantwortung gerecht werden: vom Gesetzgeber über die Tarifvertragsparteien bis zu den betrieblichen Akteuren sind im Rahmen einer national abgestimmten Strategie mehr Anstrengungen erforderlich. Außerdem setzen wir uns nachdrücklich für die repräsentative Vertretung von Frauen in Führungspositionen, bessere Aufstiegsmöglichkeiten und die Herstellung von Arbeitbedingungen ein, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen.

Den Strukturwandel gestalten

Eine zukunftsfähige industrielle Basis einschließlich eines starken Dienstleistungssektors, eines modernen Handwerks und einer leistungsfähigen öffentlichen Infrastruktur bleibt die Erfolgsvoraussetzung unserer Wirtschaft. Deutschland muss ein starker Industrie- und Dienstleistungsstandort bleiben. Nur so können Gute Arbeit, Innovationen und ein hohes Qualifikationsniveau bewahrt werden.

Wir brauchen eine moderne Strukturpolitik, die auf die Entwicklung zukunftsfähiger Wertschöpfungsketten und regionaler Wirtschaftszusammenhänge ausgerichtet ist. Sie hilft den Beschäftigten der Industrie und des Dienstleistungssektors ebenso, wie denen des Handwerks und der öffentlichen Daseinsvorsorge. In der Krise ist ein öffentlicher Beteiligungsfonds das geeignete Instrument zur Sicherung der Wertschöpfungsketten und der Eigenkapitalbasis der Unternehmen. Er kann für Unternehmen, die ein tragfähiges Konzept haben und Arbeitsplätze erhalten, die Eigenkapitalausstattung und die Zukunftsfähigkeit sichern. So wie es Banken gibt, die „too big to fail" sind, gibt es strategisch relevante Unternehmen, die im Zweifel durch staatliche Eingriffe gerettet werden müssen. Denn die reale Wertschöpfung ist für den Wohlstand und die politische Stabilität in Deutschland ebenso systemisch wie Banken für die Kapitalversorgung der Märkte.

Eine zeitgemäße Dienstleistungs-, Industrie- und Handwerkspolitik in Deutschland und Europa steht unter dem Eindruck von Globalisierung und Demografie, Rohstoffverknappung und Klimawandel. Klimaschutz und ökologischer Umbau werden in Zukunft die industrielle Wertschöpfung prägen. Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik fördert gezielt die neuen industriellen Technologien, gute Dienstleistungen und Organisationsinnovationen. Der ökologische Umbau ist eine Notwendigkeit, gerade auch im Mittelstand. Aber für Qualitätsproduktion „Made in Germany" auch eine Chance. Die Weichen müssen jetzt gestellt werden für einen effizienteren Umgang mit Rohstoffen und Energieressourcen, um den Weg zu bereiten für qualitatives Wachstum, das die Lebensqualität steigert und Beschäftigung nachhaltig sichert.

Das bedeutet den Wachstumsbegriff zu erweitern. Kennzahlen wie das Bruttoinlandsprodukt messen zwar die Wirtschaftsleistung, sagen aber wenig über das Wohlergehen der Menschen aus. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften beteiligen sich aktiv an einem interdisziplinären Dialog zur Implementierung und Weiterentwicklung solcher Kriterien und helfen neue Indikatoren zur Messung des Wohlergehens der Menschen zu entwickeln. Dieses Nettoinlandsprodukt soll auch soziale, menschliche und umweltrelevante Werte betrachten und damit die Lebensqualität oder Umweltstandards eines Landes darstellen.

Qualitatives Wachstum muss zukünftig zwischen Außenwirtschaft und Binnenmarkt ausbalanciert werden. Öffentliche und private Investitionen müssen erhöht und in entsprechende Bereiche, vor allem forschungsintensive Branchen, gelenkt werden, um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu sichern. Erforderlich ist ein Zukunftsinvestitionsprogramm mit Schwerpunkten wie Netztechnologien (Daten, Energie, Verkehr, Ver- und Entsorgung), Gesundheitswirtschaft, Ressourceneffizienz, erneuerbare Energien, Wohnungsbau und Bildungs- und Forschungsinfrastruktur. Wir fordern zudem verstärkte Anstrengungen, um den Anspruch des Grundgesetzes einzulösen, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen der Bundesrepublik zu gewährleisten. Dies gilt im Besonderen für Ostdeutschland.

Der Strukturwandel von Industrie und Dienstleistungen kann nicht nur durch den Markt getrieben werden, sondern bedarf der politischen Gestaltung durch die Gesellschaft – ein Prozess, auf den wir Einfluss nehmen. Eine aktive Strukturpolitik zu betreiben heißt Industrie, Dienstleistungen und Handwerk zusammen zu denken und zu verantworten. Ihr Ziel ist der Erhalt und die Schaffung von zukunftsfähigen Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Wir übernehmen nicht nur in den Betrieben Verantwortung für Innovationsprozesse und nachhaltiges Wirtschaften.

Für uns bedeutet das auch uns einzumischen in die Struktur- und Wirtschaftsförderungspolitik in Regionen, Ländern, Bund und EU sowie Schnittstellen zu betrieblicher Mitbestimmung und zu Initiativen für „Gute Arbeit" zu schaffen.

Es bedeutet aber auch, die Zusammenarbeit im DGB zu verbessern und die Schlagkraft der Gewerkschaften zu erhöhen – auch entlang von Wertschöpfungsketten.

Mitbestimmung stärken, Wirtschaftsdemokratie ausbauen

Wir wollen mehr Mitbestimmung. Sozialer Fortschritt setzt immer auch ein Mehr an Demokratie voraus. Sie darf nicht vor dem Werkstor enden. Die Krise hat verdeutlicht, dass Aktionärs- und Gesellschafterinteressen keinen Vorrang haben dürfen vor den Interessen der Beschäftigten und des Allgemeinwohls. Mehr Wirtschaftsdemokratie bedeutet ein Mehr an betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung, eine demokratische Selbstverwaltung der Wirtschaft, plurale Eigentumsformen und eine bessere Regulierung und makroökonomische Steuerung.

Für die Arbeitnehmervertretungen gilt es aber gerade angesichts einer Krise durch mehr Beteiligung auch präventiv handeln zu können. Dafür bedarf es der Information und qualifizierten Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft am Arbeitsplatz, im Betrieb und im Unternehmen. Gerade in Krisenzeiten darf es keinen einseitigen Verzicht der Arbeitnehmer geben.

Arbeitnehmerrechte stärken, Arbeitnehmerdaten schützen

Der Kündigungsschutz gehört zu den zentralen Schutzrechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und darf auf keinen Fall gelockert werden. Er schützt vor Willkür und bietet Sicherheit in unsicheren Zeiten. Vor allem in Kleinbetrieben muss er ausgebaut werden.

Gleiches gilt für die Tarifautonomie, sie ist und bleibt eine wesentliche Grundlage unserer Gesellschaftsverfassung. Zumal die Flächentarifverträge zusammen mit hoch flexiblen Arbeitszeitmodellen in der Krise sehr geholfen haben.

Der Gesetzgeber ist für die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen der Tarifautonomie zuständig, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände regeln unabhängig von staatlicher Einmischung die Arbeitsbedingungen als Mindestbindungen rechtsverbindlich in Tarifverträgen. Dieses System hat sich bewährt und muss wo immer möglich ausgebaut werden – auch dadurch, dass die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen erleichtert wird.

Die vielen Bespitzelungsskandale der jüngsten Vergangenheit belegen, dass wir dringend ein Arbeitnehmer-Datenschutzgesetz brauchen, wie es der DGB und die Gewerkschaften schon seit langem fordern. Mit der Bespitzelung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss Schluss sein, denn es darf nicht sein, dass grundlegende Bürgerrechte in den Betrieben ausgehebelt werden.

Sozialsysteme stabilisieren und solidarisch finanzieren

Unsere Gesellschaft erfordert einen aktiven Staat, um soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt zu erreichen. Wir brauchen Sozialsysteme, die ausreichende Sicherheit in hoher Qualität zu angemessenen Beiträgen bieten. Dazu muss die paritätische Beitragsfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme gestärkt und ausgeweitet werden, denn gerade in der Krise zeigt unser Sozialsystem seine Stärke. Sozialpartnerschaft und starke solidarische Sozialsysteme sind von der breiten Mehrheit der Bevölkerung gewollt und sorgen für Gerechtigkeit, Sicherheit und einen fairen Ausgleich zwischen Jung und Alt, Gesunden und Kranken sowie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Vorsorge und Vorbeugung sollen die bestehenden Säulen der sozialen Sicherungssysteme unterstützen.

Im Gesundheitswesen und bei der Pflege fordern wir die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, deren Finanzierung sich nach der Leistungsfähigkeit richtet und auch hohe Kapitaleinkünfte berücksichtigt. Die privaten Krankenversicherungen werden in den Solidarausgleich einbezogen. Für Krankenhäuser und Altenpflege brauchen wir dauerhaft mehr Geld, einschließlich der Ausgaben für qualifiziertes Personal. Denn gute Qualität bei Gesundheit und Pflege hängt auch von guten Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten ab. Für die bereits privatversicherten Beamten und Versorgungsempfänger ist ein Wahlrecht für die Bürgerversicherung vorzusehen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften lehnen die Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters – wie auch die schrittweise Anhebung der Pensionsaltersgrenze – auf das 67. Lebensjahr weiterhin ab.

Wir benötigen flexible, sozialstaatlich abgesicherte Regelungen für den Übergang in den Ruhestand – vor allem für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die durch ihre berufliche Tätigkeit starken körperlichen oder psychischen Belastungen ausgesetzt und deswegen im Alter gesundheitlich beeinträchtigt sind.

Zudem müssen die öffentlichen Alterssicherungssysteme auch künftig den wesentlichen Beitrag zur Lebensstandardsicherung leisten. Die vom Gesetzgeber beschlossene Absenkung des Renten- und Versorgungsniveaus reißt eine zu große Lücke in die Absicherung der Beschäftigten für das Alter und für den Fall der Erwerbsminderung bzw. der Dienstunfähigkeit. Dadurch wird die Akzeptanz der gesetzlich geregelten Alterssicherungssysteme gefährdet.

Ein moderner Sozialstaat setzt auf Prävention. Qualifizierung und Weiterbildung müssen an die Stelle des phantasielosen Drucks durch Transferkürzungen und verschärfter Zumutbarkeit treten. Wir brauchen im Gegenteil eine deutliche Erhöhung der Hartz IV-Sätze. Ein moderner Sozialstaat betreibt Beschäftigungspolitik. Der Ausbau von öffentlichen Angeboten, sozialen Dienstleistungen und von Kultur- und Freizeiteinrichtungen ist die Alternative zur passiven Finanzierung von Langzeitarbeitslosigkeit. Ein moderner Sozialstaat ist aber auch ein investiver Sozialstaat. Er muss in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und Infrastruktur investieren.

Bildung für alle, finanziert von allen

Bildung ist ein Menschenrecht. Eine gute Qualifizierung und Bildung ist wichtig für die Entwicklung der Menschen sowie für Innovationen und technologischen wie gesellschaftlichen Fortschritt. Gute Bildung für alle wird für ein stabiles demokratisches Gemeinwesen und für soziale Gerechtigkeit immer entscheidender. Ihre Funktionen für Demokratie, die Persönlichkeitsentwicklung und die Qualifikation müssen gestärkt werden.

Bildung entscheidet wie kein zweiter Faktor über die Verwirklichung grundlegender Werte wie Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit. Denn ohne Bildung sind Menschen chancenlos auf dem Arbeitsmarkt und eingeschränkt bei der Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Deshalb bleibt sie vornehmste Aufgabe des Staates und sollte nicht privaten Bildungsträgern überlassen werden.

Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir setzen uns für die „Schule für Alle" ein, denn gemeinsames Lernen fördert Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit.
Die Talente und Begabungen junger Menschen brachliegen zu lassen können wir uns nicht leisten. Wir müssen sie fördern, ihnen gleiche Bildungschancen bieten, ihnen Raum zur Entfaltung geben und genügend Ausbildungs- und Studienplätze bereitstellen.
Qualifizierung und Ausbildung helfen, Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Fachkräftemangel nach der Verrentung der geburtenstarken Jahrgänge ist absehbar. Die Ausbildung junger Menschen muss deshalb immer, nicht nur in Krisenzeiten, oberste Priorität haben. Und das Ziel der betrieblichen Ausbildung muss die Übernahme der Auszubildenden in den Betrieb sein. Die Gewerkschaften engagieren sich aktiv auf dem Feld der betrieblichen Weiterbildung. Mit dem

Aufbau von Beratungsstrukturen und der Unterstützung betrieblicher Qualifizierungsinitiativen können die technologie- und demografiebedingten Herausforderungen im Interesse der Menschen und der Unternehmen gestaltet werden.

Die Gewerkschaften sind aktiv in der Mitbestimmung in der beruflichen Bildung. In den Berufsbildungs- und Prüfungsausschüssen kämpfen sie für die Qualität der beruflichen Bildung. Gewerkschaften mischen sich ein, wenn es darum geht, die soziale Spaltung in unserem Bildungswesen zu bekämpfen. Sie unterstützen die Schülerinnen und Schüler sowie die Studierenden als Lobby für Chancengleichheit im Bildungswesen.
Bildungsarbeit gehört wieder ins Zentrum gewerkschaftlicher Arbeit. Auch die politische Bildung muss gestärkt werden. Sie gehört zu den unerlässlichen Elementen einer demokratischen Kultur. Sie vermittelt Verständnis für und Wissen über unsere Gesellschaft und ist ein unverzichtbares Instrument, um gerade junge Menschen zu motivieren und zu befähigen, kritisch und aktiv am politischen Leben teilzunehmen.

Gerechtes Steuersystem und ausreichende öffentliche Einnahmen

Die Steuerpolitik der vergangenen Jahre hat die Verteilungsungerechtigkeit vergrößert und den Handlungs- und Gestaltungsspielraum des Staates eingeengt. Hinzu kommt, dass die Schuldenbremse dem Staat erschwert, in Krisenzeiten antizyklisch gegenzusteuern. Sie muss weg. Wir brauchen ein sozial gerechtes Steuersystem, das insgesamt höhere Staatseinnahmen als heute sichert.

Steuergerechtigkeit ist eine wesentliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Die krisenbedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben der öffentlichen Haushalte dürfen nicht mit verstärkten Ausgabenkürzungen beantwortet werden. Wir setzen uns für eine fundamentale Umkehr in der Steuerpolitik ein. Denn ohne stärkere Belastung von Unternehmen, Vermögenden und Empfängerinnen und Empfängern hoher Einkommen droht sozialer Kahlschlag. Um eine solche Politik im nationalen Rahmen abzusichern, bedarf es auch konsequenter Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Dann können legale und illegale Steuerflucht und ein schädlicher Steuerwettbewerb besser bekämpft werden.

Öffentlich ist wesentlich

Die Handlungs- und Steuerungsfähigkeit des Staates darf nicht weiter durch Deregulierung, Privatisierungen und Steuersenkungen, die sich Bund, Länder und Kommunen nicht leisten können, ausgehöhlt werden. Der Staat muss wieder mehr in die Zukunft investieren. Der Anteil der öffentlichen Investitionen an der Wirtschaftsleistung muss mindestens auf das europäische Durchschnittsniveau von 2,5% am BIP angehoben werden. Damit werden öffentliche Investitionen dauerhaft auf hohem Niveau verstetigt.

Deutschland weist wegen des massiven Personalabbaus in den vergangenen Jahren im internationalen Vergleich einen sehr kleinen Anteil an öffentlichen Beschäftigten auf. Die öffentliche Hand muss die bestehende Lücke im Bereich der sozialen und gesellschaftsorientierten Dienstleistungen – das sind die Felder Gesundheit, Erziehung und Bildung, Soziales, aber auch die öffentliche Verwaltung – durch eine nachhaltige Erhöhung der öffentlichen Beschäftigung schließen. Zugleich gilt es Qualifikationsanforderungen und angemessene gute Löhne auch bei den privaten und freigemeinnützigen Anbietern solcher Dienstleistungen durchzusetzen.

Es bleibt beim klaren Nein der Gewerkschaften zu weiteren Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge. Gerade die Kommunen nehmen vielfältige Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge wahr. Deshalb dürfen die Städte und Gemeinden nicht durch Steuersenkungen ausbluten, denn ihre Dienstleistungen sind wesentlich für die Lebensqualität der Menschen. Das gilt gleichermaßen für die Aufgaben der Länder im Bereich der Bildung oder

der öffentlichen Sicherheit.

Integration heißt Teilhabe

Integration ist und bleibt eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben in unserem Land. Wir setzen uns für eine grundsätzliche Neuausrichtung der Integrationspolitik ein. Die Teilhabechancen der Migrantinnen und Migranten müssen in allen Lebensbereichen verbessert werden. Das kann nur gelingen, wenn wir das Thema Integration als eines ansehen, das die Grundlagen unserer Demokratie berührt. Der Einsatz für bessere Integration steht im Mittelpunkt unseres Einsatzes für mehr Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung.

3. Umbau jetzt

Die Krise hat schwere soziale Verwerfungen in Deutschland, Europa und weltweit offen gelegt und verstärkt. Ein Zurück zur Vor-Krisen-Zeit darf es nicht geben. Vielmehr ist die Erarbeitung und Durchsetzung einer neuen Weltwirtschaftsordnung dringlicher denn je, damit nicht schon bald die nächste Blase platzt. Ein tiefgehender Umbau der Wirtschaft- und Sozialordnung ist unausweichlich und notwendig. Dafür werden ein starker DGB und durchsetzungsfähige Gewerkschaften mehr denn je gebraucht – im Interesse der Mehrheit der Menschen.